

DIE ZEITUNG DER DELEGATION DIE LINKE. IM EUROPAPARLAMENT

europa **ROT**



Europa gemeinsam umbauen



RECHTSEXTREMISMUS IN DER EU

von Gabi Zimmer

Vorsitzende der EP-Linksfraktion GUE/NGL

Wir erleben einen bedrohlichen Rechtsruck in der EU, in ganz Europa. Rechtsextreme und Nationalist*innen vergiften die Stimmung in der Gesellschaft, hetzen Menschen auf und wollen das Ruder an sich reißen. In Ungarn, Polen, Österreich und Italien sind sie schon an der Macht. Orbán, Kaczyński, Strache oder Salvini und ihre Politik befördern Verachtung für demokratische Institutionen, den Wert von Presse- und Informationsfreiheit, die Rechte und die Würde jedes Menschen. Unsere Gesellschaften spalten sich, die politischen Landschaften zersplittern. Das wird sich auch in der Europawahl 2019 zeigen.

Viele Parteien driften immer weiter nach rechts ab. Im Europaparlament ist der Rechtsruck bereits zu spüren. Nationalkonservative bieder sich bei der rechtsextremen Fraktion an. Vor kurzem beleidigte der Vorsitzende der nationalkonservativen Fraktion (EKR) Linke und Sozialdemokrat*innen mit einer geschichtsvergessenen Lüge: Nazis seien Teil der linken Ideologie. Der Sprecher der rechtsextremen Fraktion setzte einen drauf und verortete die Wurzeln des Nationalsozialismus' bei Marx. Die Rechtsextremen testen aus, wie sie Geschichte neu erzählen, die Verbrechen des Faschismus' verharmlosen und Linke und Sozialdemokrat*innen stigmatisieren können. So wollen sie sich wählbar machen. Sie vernetzen sich EU-weit und bauen ihre Legenden auf. Steve Bannon, der ehemalige Sicherheitsberater

Trumps, verkündet offen, Rechtsextreme in Europa beim Griff zur Macht zu unterstützen. Wie Kampagnen geführt, fake news verbreitet werden, Geld mobilisiert wird – all dies weiß er bestens. Er hat nicht nur die Wahlkampagne Trumps geführt. Mit Cambridge Analytica griff er außerdem in die Kampagne zum Brexit ein.

Ich beobachte in letzter Zeit, dass die Strategie der Neonazis hinsichtlich Europas variantenreicher wird. Bis vor kurzem hieß es: Europa müsse ein Flickenteppich aus Nationalstaaten bleiben. Kooperation sollte ausschließlich bilateral stattfinden. Heute nutzen sie die Ängste vieler Menschen vor den Folgen der Globalisierung, schüren aggressive Stimmungen gegenüber Flüchtlingen und Migrant*innen. Die österreichische Regierung stellte ihre EU-Ratspräsidentschaft unter das Motto »Ein Europa, das schützt«. Gemeint war nicht etwa der Schutz der Menschen in der EU vor Arbeitslosigkeit, Armut, sozialer Ausgrenzung. Nein, es geht ihnen um die Verteidigung des christlichen Abendlandes in Europa gegen Muslime, Muslima und Migrant*innen. Kampf gegen den Terrorismus als Vorwand für den Abbau demokratischer Rechte und die hermetische Abriegelung der Außengrenzen der EU – das ist ihr Rezept! Mich hat es nicht erstaunt, dass die österreichische Regierung als erste den UN-Migrationspakt diffamierte und ihre Unterschrift verweigerte. Andere Regierungen zogen nach: die Türkei, Ungarn, Tschechien und an-

dere osteuropäische Länder. In Belgien platzte deshalb sogar die Regierung. Ich frage mich, ob heute die vor 70 Jahren verabschiedete UN-Deklaration der Menschenrechte von jenen Regierungen unterzeichnet worden wäre. Was für ein dramatischer Rechtsruck!

Mich irritiert vor allem, dass – wie in Österreich – Regierungsbündnisse zwischen konservativen und rechtsextremen Parteien möglich geworden sind. In Österreich, Italien, Polen und Ungarn lässt sich sehr gut beobachten, dass im Schatten einer rigiden Verschärfung der Sicherheitspolitik ein massiver Abbau demokratischer und sozialer Rechte und des Beschäftigungsschutzes erfolgt. Dagegen formiert sich Widerstand: In Wien und Budapest demonstrieren seit Wochen tausende Menschen.

In Deutschland glauben inzwischen viele CDU- und CSU-Anhänger*innen, durch eine Politik von »law and order« Wähler*innen zurückgewinnen zu können, die sie an die ausländerfeindliche AfD verloren haben. Offen wird über eine konservative Wende diskutiert, mit der die Nach-Merkel-Zeit eingeleitet werden soll. Erschreckend ist, dass gerade in Deutschland der Antisemitismus in den letzten Jahren angestiegen ist. Die Zahl der antisemitischen Übergriffe hat stark zugenommen. Die rechtslastige Debatte um Migration und Asyl innerhalb der Gesellschaften führt auch zur Diskriminierung anders Denkender, Lebender und Liebender.

Was sollten Linke und Progressive tun, um den Rechten Paroli zu bieten?

Zunächst sollten sie aufhören, sich mit sich selbst zu beschäftigen. Alle Kräfte müssen mobilisiert werden, um die Lügen, die infamen Verleumdungen der Rechtsextremen zu entlarven. Die Rechtsextremen und Rassist*innen erzählen immer die gleiche Geschichte: Die Abschaffung transnationaler Kooperation und Solidarität sei die Antwort auf die neoliberale Globalisierung, die Bedrohungen, die von außen auf die Menschen einströmen.

Die Linken haben dagegen die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, eine andere Vision zu entwickeln: Nur in gemeinsamer Verantwortung, in Solidarität miteinander sind wir in der Lage, die globalen Herausforderungen zu meistern. Eine Grundvoraussetzung ist, dass wir in unseren Ländern, in ganz Europa für die Durchsetzung des Rechts kämpfen. Wir müssen verhindern, dass Menschenrechte innerhalb der EU unterschiedlich viel wert sind, dass die einen gegen die anderen gestellt werden. Wir müssen lernen, unsere unterschiedlichen Erfahrungen im politischen Kampf, unsere verschiedenen Biographien und politischen Kulturen als gemeinsamen Erfahrungsschatz zu begreifen und zu akzeptieren.

**Die Zeit drängt.
Lasst uns handeln!**

»Mutter aller Probleme ist die Migration« hatte der deutsche Innenminister Horst Seehofer Anfang September 2018 behauptet und so die rassistischen Ausschreitungen in Chemnitz verteidigt. Natürlich ist der Satz falsch, denn Flucht und Migration sind, wenn überhaupt, die Folge von schwerwiegenden »Problemen«, von Krieg, Folter, Hunger oder Klimawandel, und nicht ihre Ursache. Dennoch kann man an Seehofers Aussage gut erkennen, wie sehr die politische Auseinandersetzung heutzutage verrotten ist und wie menschenfeindlich die Aussagen geworden sind. Dort sind nicht Menschen und ihre Wünsche, Sorgen und Nöte das Ziel der Politik, sondern die Machtinteressen von immer kälter und autoritärer werdenden Staaten und immer mächtigeren multinationalen Firmen. Diesen sollen wir Menschen, egal ob Geflüchtete oder Bio-Europäer, uns immer mehr unterordnen und anpassen, nicht anders herum. Diesem Trend müssen wir uns auf allen Ebenen und auf allen Feldern entgegenstellen, ob wir über Asylpolitik



damit sichere Einreise in die EU erlauben und den libyschen Schmugglern einen großen Teil des Geschäfts entziehen. **Viertens** benötigen wir Regelungen auf europäischer Ebene, die legale Migration vollumfänglich ermöglichen und regeln. **Fünftens** brauchen wir Investitionen in öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen, um den Neuankömmlingen einen guten Start in unserer Gesellschaft zu ermöglichen und zugleich die Lebensqualität für alle zu erhöhen. Damit die Mittel auch dort ankommen wo sie benötigt werden, schlagen wir ein Anreiz-Modell für den Sozialfonds und die Regionalfonds vor: EU-Staaten, die mehr Menschen aufnehmen, sollen mehr aus den Töpfen abbekommen.

zu schließen – und dieses Wissen schafft Begehrlichkeiten. Dadurch sind wir für die großen Internetkonzerne von Kunden zum Produkt geworden, Facebook und andere verkaufen dieses Wissen über uns an die Werbeindustrie und machen so ihre Milliarden. Im Namen der inneren Sicherheit wollen Regierungen und Behörden ebenso von diesem Wissen profitieren und immer mehr über uns wissen. Auch hier brauchen wir eine Kehrtwende.

Um der Ausbeutung unserer Datenprofile durch Firmen und Regierungen etwas entgegenzusetzen, ist es unumgänglich, dass wir targeted advertising als Geschäftspraxis zurückdrängen. Nur mit einem glasklaren opt-in sollte diese Art von Profiling



grundrechte, migration, privatsphäre »die mutter aller probleme«

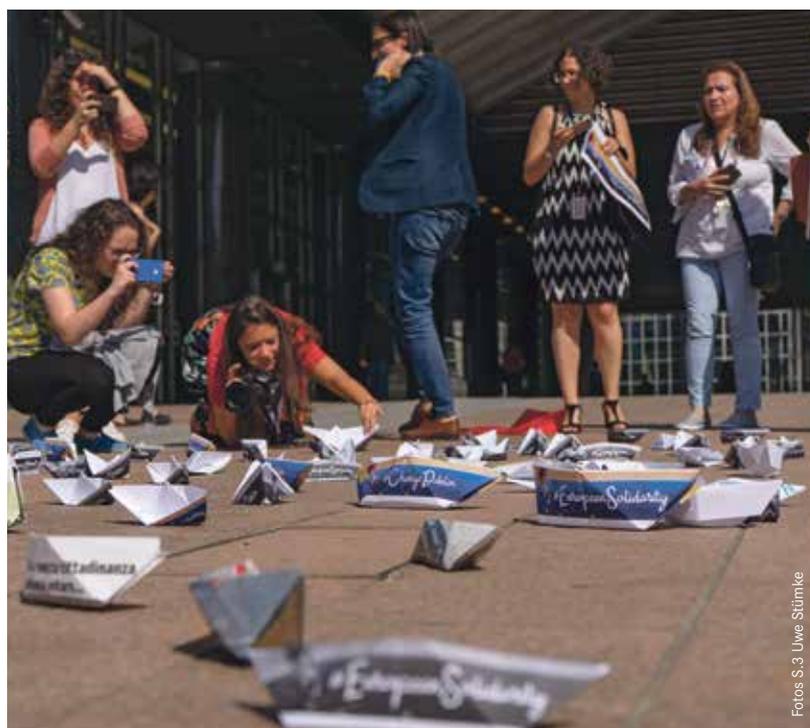
von Cornelia Ernst

reden oder über Überwachung, Datenschutz, Freihandel oder den Diebstahl, und egal ob wir dies im Europaparlament, im Bundes- oder Landtag oder im Stadtrat machen.

In der Migrations- und Asylpolitik der EU ist eine Kehrtwende mehr als überfällig. Eine Asylpolitik, die der EU würdig wäre, müsste sich an den Grundrechten der EU und ihrer Mitgliedstaaten ausrichten – und in der Grundrechtecharta wie im Grundgesetz beginnen diese mit der Würde des Menschen, die unantastbar ist. Mit nur fünf Punkten ließe sich die Politik vollständig ändern. Dazu müssten wir **erstens** die Seenotrettung im Mittelmeer wieder einrichten und Salvini's Blockaden als das bezeichnen, was sie sind: Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Zweitens müssen wir die Hotspots, wie in Moria auf Lesbos, wieder abbauen und die Geflüchteten, die in der EU ankommen, so schnell wie möglich an andere Orte in der EU bringen, die deren Wünschen entsprechen und an denen sie unter würdigen Umständen willkommen heißen werden können.

Drittens brauchen wir dringend humanitäre Visa, die eine legale und



Fotos S.3 Uwe Stümke

Allein in den vergangenen zehn Jahren hat sich die Menge an digitalen Daten, die ein jeder und eine jede von uns tagtäglich produziert, vervielfacht. Moderne Analysemethoden ermöglichen es, aus diesen Daten auf unsere Vorlieben, Ansichten, Einstellungen und Gewohnheiten

und Datenhandel legal sein. Insbesondere für politische Werbung sollten dann noch einmal höhere Standards gelten, und dahinterstehende Interessen und Finanzierung transparent und offengelegt sein.

Was unsere tägliche Kommunikation angeht, ist es allerhöchste Zeit, dass

Messenger-Dienste, Chatplattformen und andere Kommunikationsdienste denselben Regeln unterliegen wie das klassische Telefon: Verbindungsdaten sollen nur zur Rechnungslegung gesammelt werden und müssen danach gelöscht werden. Alles andere soll geschützte Privatsphäre und vertrauliche Kommunikation sein. Zugriff auf solche Daten sollte grundsätzlich nur im Rahmen von Strafverfahren und auf richterliche Anordnung hin möglich sein.

Die Fragen, die wir hier angesprochen haben, werden schon längst in Brüssel entschieden, genauso viel wie in Berlin, Paris oder Kopenhagen. Wer die Dinge heute verändern will, muss dies daher in Brüssel tun, genauso wie in Bratislava oder Lissabon. Wenn wir wollen, dass nicht immer mehr Menschen die Politik abschreiben und jedem verrückten Versprechen nachlaufen, dann müssen wir dafür sorgen, dass wieder mehr die Menschen, und nicht die Profite oder die Staatsräson im Mittelpunkt stehen. Wir wollen, dass sich auch die Politik der EU an der Bevölkerung orientiert. Wir wollen die EU den Menschen zurückgeben.



Deal or No Deal – der Brexit ist Herausforderung für die gesamte EU

von Helmut Scholz

Kaum ein Ereignis hat die Krisenprozesse in der EU so deutlich offenbart wie das Votum einer Mehrheit der britischen Bürger*innen vom Juni 2016 für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU. Und kaum ein Ereignis hat in den letzten zwei Jahren die Arbeit und Zukunft des Europäischen Parlaments umfassender geprägt. Das Brexit-Votum versinnbildlicht den weitreichenden Einfluss »Brüssels« und der EU-Gesetzgeber Rat, Parlament und Kommission auf den Alltag der Menschen in der Union. Und es macht auch deutlich, dass europäische Politik von den Regierungen und der Wirtschaft unter jeweiliger nationaler Interessenswahrnehmung maßgeblich vorangetrieben wird. Transparenz und Mitgestaltung durch die Bürger*innen bleibt deshalb für die EU-Politik die Grundfrage. Die über mehrere Jahrzehnte lange Absage an gemeinsame Verantwortung für die

Entwicklung und das Funktionieren der EU im Interesse der Menschen hat auf der *Insel* die EU im Empfinden vieler Menschen auf das reduziert, was sie im Wesen ist: eine Zollunion, der weltgrößte Binnenmarkt. Auch Labour unter Tony Blair hat dies nie korrigiert. So ist der Brexit auch ein Zeugnis für die gravierenden Folgen des Fehlens einer europäischen Sozialpolitik, die diesen Namen auch verdient. Des Fehlens einer breiten gesellschaftlichen Debatte in der britischen Gesellschaft über Ziele, Prinzipien, Kriterien sowie Herausforderungen und Bedingungen der europäischen Integration, über Rechte und Pflichten, die sich aus einer EU-Mitgliedschaft ergeben – was ähnlich sicher auch auf alle anderen 27 Mitgliedstaaten zutrifft. Solange Bürger*innen die EU als Bedrohung für ihre Jobs und ihren sozialen Schutz sehen und solange die Politik nicht die Lebensbedingungen von al-

len verbessert, werden sie der Politik und so auch der Gemeinschaft ihr Vertrauen entziehen.

Wie weiter? Die Weihnachts- und Neujahrsbotschaft der britischen Premierministerin war deutlich: Es gibt – »nur« – drei Optionen, die das Dilemma, in das die Tory- und UKIP-Politiker*innen das Land und die gesamte EU geführt haben, auf den Punkt bringen: Annahme des über zwei Jahre ausgehandelten, regelsetzenden Auflösungsvertrags oder zweitens, Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ohne ein Abkommen am 29. März 2019, was ein geordnetes Verlassen der EU mit all den damit verbundenen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen für alle Seiten unmöglich macht. Und drittens, die Zurücknahme des Artikel-50-Verfahrens, was ein neues Referendum erfordert, zu dem bislang aber keine Partei im Vereinigten Königreich bereit ist; das

aber viele Bürger*innen in Großbritannien inzwischen fordern.

Für die Linke(n) im Europäischen Parlament kommen neue Verhandlungen nicht mehr in Frage, auch wenn im jetzt vorliegenden Vertragstext nicht alles erreicht wurde, was im Scheidungsverfahren hätte berücksichtigt werden müssen. Es geht nicht um irgendeinen »Deal« zwischen *Londons Downing Street 10* und Brüssel, sondern um eine tragfähige Übereinkunft zur Sicherung der Arbeitsrechte, Sozial- und Pensionsansprüche sowie der Personenfreizügigkeit von über fünf Millionen Bürger*innen. Es geht um bis 2020 von London an die EU zu entrichtende Zahlungen entsprechend langfristiger Haushaltsplanungen. Großbritannien muss fest in die internationale Wirtschafts- und Handelsstruktur eingebunden bleiben; der Brexit darf nicht dazu führen, dass Großbritannien aus der Verpflichtung entlassen wird, zur Überwindung des Nord-Süd-Gefälles, von Armut und Unterentwicklung und zur Umsetzung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung beizutragen. Und nur ein Austrittsvertrag mit allen Rechten und Pflichten für beide Seiten ermöglicht Verhandlungen über die künftige regelbasierte Handels- und Wirtschaftspartnerschaft, über die politische Kooperation und wiederum um eine solidarische Ausgestaltung des Alltags der Menschen auf beiden Seiten des Ärmelkanals.

Auf den Tisch muss eine dauerhafte Regelung für das künftige Verhältnis zu Nordirland und keine »Notvariante« mit Übergangscharakter. Die EP-Linksfraktion (GUE/NGL) hat stets auf eine Lösung gedrängt, die die mit dem Karfreitagsabkommen von 1998 begonnene Entwicklung fortsetzt, und die eingeleitete Befriedung des Nordirlandkonflikts aufs Engste mit der ökonomischen und sozialen Entwicklung auf der irischen Insel verknüpft. Den Rahmen dafür hat die EU geschaffen, denn sie ermöglichte es, dass beide Teile der irischen Insel zusammenwachsen konnten, ohne als Voraussetzung hierfür die bis heute offene nationale Frage lösen zu müssen. Mit dem Brexit scheidet Nordirland, Teil des Vereinigten Königreichs, ebenfalls aus der EU aus. Ohne vertragliche Regelung droht die Wiedererrichtung von knapp 300 ehemals offiziellen Grenzübergängen zwischen Irland und dem Norden. Die Handelsströme zwischen beiden Teilen sowie der tägliche Arbeitsweg von bis zu 25.000 Grenzgänger*innen drohen unterbrochen zu werden. Für die Menschen vor Ort sind Grenzen, die wieder durch Dörfer, Höfe und Familien verlaufen, unvorstellbar. Längst überwundene Konflikte drohen erneut aufzuflammen. Das Brexit-Abkommen muss Frieden sichern und in Zukunft Bestand haben.

EINE EINHEITLICHE EUROPÄISCHE ARBEITS- UND SOZIALGESETZGEBUNG – EINE UTOPIE?

von Thomas Händel und Frank Puskarev



Ja, zugegeben, es klingt nach Science-Fiction: Aus heute 28 verschiedenen Sozialsystemen irgendwann eins zu machen, wie soll das gehen? 28 verschiedene Lösungen für Versicherungen und Leistungen für Erwerbslose, zur Absicherung der Kranken und Schwachen, 28 verschiedene Rentenmodelle. Ganz zu schweigen von den unterschiedlichen Mentalitäten und Kulturen, die sich diesbezüglich im Laufe der Zeit in den europäischen Ländern etabliert haben. Und dennoch wollen wir einen Blick wagen, wollen die Debatte darum anstoßen. Denn so weit weg, wie das auf den ersten Blick wirkt, ist es am Ende dann vielleicht doch gar nicht. Beginnen wir mit dem offensichtlichen: Niemand soll in der Europäischen Union unterhalb der Armutsgrenze leben müssen. Diese Forderung findet sich in verschie-

denen Variationen bei LINKEN, Grünen, Sozialdemokrat*innen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Bei uns gilt die Forderung deshalb für eine individuelle Mindestsicherung in ganz Europa von nicht weniger als 60 Prozent des gewichteten mittleren Einkommens (für Nerds: Medianäquivalenzeinkommen). In Deutschland wäre dies etwa 1.100 Euro netto. Offen bleibt, und das ist derzeit auch richtig, mit welchen Maßnahmen in den Mitgliedstaaten diese Absicherung erreicht werden soll. Hier sind diese in der Pflicht, ihre nationalen Systeme so anzupassen, dass niemand mehr mit einem Einkommen unterhalb dieser Schwelle leben muss. So sollen nicht nur die zwingend notwendigen Bedürfnisse wie Essen und Wohnen, sondern auch soziokultu-

relle Teilnahme und Mobilität gewährleistet werden. Klar ist: Diese Forderung stellt die meisten Mitgliedstaaten vor enorme Herausforderungen. Insbesondere unsere osteuropäischen Nachbarn, aber auch einige der Mittelmeeranrainer dürften mit diesem Anspruch vor gewaltigen Herausforderungen in ihren Sicherungssystemen stehen. In vielen dieser Länder gibt es für Rentner*innen nur eine kaum erwähnenswerte Mindestabsicherung, Arbeitslosenversicherungen oder gar Mindesteinkommen sind teilweise überhaupt nicht vorhanden. Doch auch in einigen mittel- und sogar nordeuropäischen Ländern dürfte diese Forderung den aktuellen Politiker*innen die Schweißperlen auf die Stirn treiben. Haben doch nicht wenige in den letzten Jahren ihre Sozialsysteme gerade erst neoliberal umgebaut und zusammengestrichen. Weder Deutschland noch Frankreich oder Schweden würde derzeit diesem Anspruch gerecht. Renten wurden gekürzt, Sozialleistungen eingeschränkt und der Druck auf Arbeitslose durch Leistungskürzungen und Anspruchsreduzierungen erhöht. Ähnlich gelagert wäre dies im Übrigen hinsichtlich unserer Forderung nach einem europäischen Mindestlohn-Niveau, welches nicht weniger als 60 Prozent der jeweiligen nationalen Durchschnittsentgelte betragen soll. Für Deutschland hieße dies immerhin 2.028 Euro Bruttoeinkommen einer Vollzeitstätigkeit respektive 12,68 Euro pro Stunde geleisteter Arbeit. Davon sind wir derzeit noch meilenweit entfernt.

Gesetzt also den Fall, man würde sich europaweit unserer Forderung anschließen, hieße das, dass nationale Systeme umgebaut, teilweise auch erst neu geschaffen werden müssten. Selbstverständlich würde

das in gegenseitigem Austausch darüber geschehen, welche Modelle besonders erfolgreich sind, bei welchen Anordnungen in welchem Mitgliedstaat die Umverteilung und Absicherung am besten geschieht.

Die 28 Systeme der Mitgliedstaaten würden sich also weiter angleichen, am Ende gäbe es wahrscheinlich zwei bis vier verschiedene Modelle in den Mitgliedstaaten, teils beitrags-, teils steuerfinanziert, als Umlage- oder Kapitalsystem oder eine Kombination daraus. In Sachen Arbeits- und Gesundheitsschutz, Urlaube und Arbeitszeiten sind schon heute viele europäische Regelungen rechtskräftig und beeinflussen die Beschäftigungsbedingungen von Millionen von Europäer*innen.

Nun braucht es eigentlich nur noch etwas Mut, Fantasie und Weitblick, um sich eine weitere Angleichung hin zu einem System der besten Möglichkeiten, zu einem europäischen Sozialsystem, vorzustellen. Denn schon mit unseren aktuellen Forderungen rufen wir dazu auf, die bisherigen Kulturen und Traditionen zu überdenken, zu überprüfen, ob von dem wenigen, was in einigen Ländern an Absicherung geboten wird, überhaupt irgendjemand menschenwürdig leben kann.

Für eine fortschrittliche LINKE schickt es sich gut an, über den Horizont hinaus zu denken, die gedanklichen Mauern zu sprengen und eine bessere Welt, ein besseres Europa zu zeichnen. Mit der Forderung nach wirklich einheitlichen Regeln in Europa setzen wir nicht nur ein Zeichen gegen die Wettbewerbsmentalität auf dem Rücken der Schwächsten. Nein, wir zeigen auf, wie ein tatsächlich solidarisches und soziales Europa aussehen kann und sollte.



eu-türkei: ersetzt betroffenenheit und stützt endlich die demokratische opposition!

von Martina Michels

11. Dezember 2018: Das Europaparlament verurteilte vor dem erneuten Prozess gegen Selahattin Demirtaş, den ehemaligen Co-Vorsitzenden der HDP, seine Inhaftierung. Am 20. November 2018 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte der türkischen Regierung ins Stammbuch geschrieben, dass die Inhaftierung rechtswidrig sei. Geschlagene 20 Minuten wurde in der aktuellen Stunde im Europaparlament alles aufgerufen, was in der Türkei schief läuft: die Existenzvernichtung von hunderttausenden Beamt*innen, Lehrer*innen und Wissenschaftler*innen. Die Verfolgung und Inhaftierung von Journalistinnen und Journalisten, die Festsetzung von Oppositionspolitiker*innen und Frauenrechtler*innen, wie von Figen Yükkeddağ, die mit Demirtaş gemeinsam die HDP 2015 zweimal über die zehn Prozenthürde brachte. Daraufhin begann erneut ein Krieg gegen Kurdinnen und Kurden im



GUE/NGL – Olivier Hansen

eigenen Land, verbrannten Menschen in Cizre. Als Erdoğan im Juli 2016 den gescheiterten Putsch als »ein Geschenk Gottes« feierte, hatte ihm der Europäische Rat, also die EU-Regierungschefs samt Frau

Merkel, längst das wertvollste Geschenk gemacht: Seine Macht war durch den EU-Türkei-Deal besiegelt. Fortan schwiegen die EU-Mitgliedstaaten zu all den Rechtsbrüchen, umsorgten den Handelspartner Tür-

kei, lieferten Waffen, Deutschland vorneweg. Und man schwieg, um keinen Millimeter in Richtung einer humanen Flüchtlingspolitik der EU gehen zu müssen.

Wie schal klingt vor diesem Hintergrund der derzeitige Aufschrei des Entsetzens der Hohen Vertreterin für die EU-Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, der die Haft von Demirtaş so ans Herz gehe. Halten wir doch fest, dass die EU mitschuldig ist an den Rechtsstaatsbrüchen der türkischen Regierung. Sie schweigt nicht nur zur Lage im Südosten des Landes, sie äußert sich nicht mehr zum völkerrechtswidrigen Einmarsch in Afrin und auch nicht zu Verfolgungen von Oppositionellen außerhalb der Türkei. Und obendrauf spucken viele Konservative dann gern die größten Töne, wenn es um ein Ende der Beitrittsverhandlungen geht, denn diese Lebenslüge müsse doch nun mal eingestanden sein. Nachdem man Erdoğan hat machen lassen, will man nun auch noch die Hälfte der Bevölkerung im Regen stehen lassen und jeden Dialog zu Medienfreiheit und unabhängiger Justiz abbrechen? Das wäre der komplette Sieg Erdoğan's, der dann sagen würde: Seht doch, die EU will uns ja gar nicht.

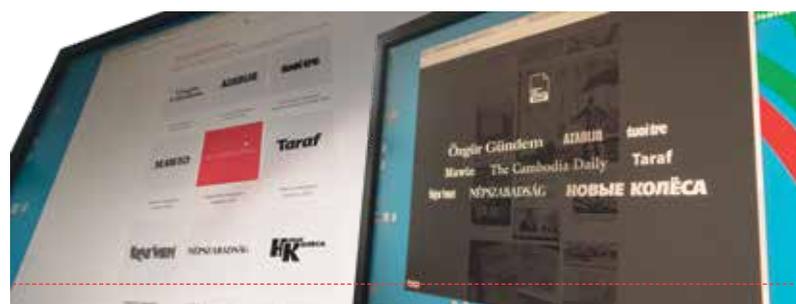
Machen wir uns stark für die gesellschaftliche Opposition in der Türkei, für die Freilassung der politischen Gefangenen, für Möglichkeiten, eine demokratische Türkei noch denken und die »kurdische Frage« friedlich lösen zu können. Dazu muss der EU-Türkei-Deal aufgekündigt und das Wegschauen beendet werden.

70 jahre israel: kämpfe und solidarität der linken in israel und europa

von Martina Michels

Wer Israel verstehen und die ausstehende Friedenslösung aktiv unterstützen will, kommt neben den regionalen und internationalen Einflüssen auf Israels Politik um eine Beschäftigung mit der konkreten innenpolitischen Situation Israels und seiner Geschichte nicht herum. In fünf Jahren als Mitglied der ständigen gemeinsamen parlamentarischen Delegation von Europaparlament und israelischer Knesset habe ich mich intensiv mit den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, ökonomischen und sozialen Konflikten be-

schäftigt, wollte Hände reichen, verstehen und lernen, wie Demokratie in Israel erkämpft und gelebt wird. Mehrfach bereiste ich das Land, traf Vertreter*innen der israelischen Opposition, NGOs, Initiativen und Interessengruppen. Im Ergebnis dieser Kooperationen entstand unter anderem dieses kleine Buch mit Beiträgen progressiver Akteure israelischer Politik und Zivilgesellschaft, abrufbar auf www.martina-michels.de und www.dielinke-europa.eu und in meinem Berliner Büro auch als Heft zu bestellen.



» Fonts for Freedom

In dieser Ausgabe der europaROT sehen die Artikelüberschriften ungewöhnlich und zufällig aus. Das ist Absicht und hat einen Grund: »Reporter ohne Grenzen« (ROG) setzte letzten September ein Zeichen für die Pressefreiheit und startete die Aktion »Fonts for Freedom«.

Dazu wurden die Hausschriften geschlossener Medien aus verschiedenen Teilen der Welt rekonstruiert und auf fonts-for-freedom.com zum kostenlosen Download zur Verfügung gestellt. Mit der Webseite stellt ROG sicher, dass die Schriftarten der geschlossenen Medien symbolisch weiter existieren und verwendet werden können.

Die Fonts sind nach den entsprechenden Zeitungen benannt und bleiben auf diese Weise namentlich dauerhaft in Erinnerung. Zusätzlich liefert die Webseite kurze Informationen zu den Zeitungen und der Situation der Pressefreiheit in den jeweiligen Ländern. Zum Start der Aktion sind auf der Seite neben den Hausschriften von Taraf und Özgür Gündem aus der Türkei auch jene von Azadiq aus Aserbaidschan, The Cambodia Daily aus Kambodscha, Tuoi Tre Online aus Vietnam und Mawio aus Tansania zu finden, die wir in diesem Heft auch verwendet haben.

www.fonts-for-freedom.com

MILITÄRMACHT EUROPA

von Sabine Lösing

In den letzten Jahren hat sich die Europäische Union mit beispielloser Geschwindigkeit weiter zu einer militärischen Union entwickelt. Mehr und mehr wird ausschließlich auf militärische Mittel gesetzt, um die neoliberalen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen der EU aggressiv und rigoros durchzusetzen. Mit einer solchen Politik verschärft die EU aber nur die ohnehin schon bestehenden Konflikte und schafft neue. Auf dem Weg zur Militärunion entfernt sich die EU immer weiter von ihrer angeblichen Gründungsidee: Frieden.

Mit dem neuen *Mehrjährigen Finanzrahmen* der EU nach dem Jahr 2020 wird sogar erstmalig eine eigene Haushaltsrubrik Sicherheit und Verteidigung eingeführt. So werden unter anderem mit dem *Europäischen Verteidigungsfonds* sowie dem Infrastrukturprojekt *Militärische Mobilität* und dem Instrument der *Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit* (engl. PESCO) Milliarden Euro in europäische Rüstungsunternehmen und die Militarisierung der EU gesteckt. Damit wird die Europäische Union in den nächsten Jahren weiterhin Konflikte anheizen und wendet sich endgültig vom Prinzip der friedlichen und



diplomatischen Konfliktlösung ab. All das geschieht, obwohl die EU-Verträge ganz eindeutig eine Verwendung von EU-Geldern für Militärisches verbieten. Denn in Artikel 41 Absatz 2 des Vertrages über die Europäische Union (VEU) steht, dass »Maßnahmen mit militärischen und verteidigungspolitischen Bezügen« nicht aus dem EU-Haushalt finanziert werden dürfen. Um die offensichtliche Kollision dieses Vorhabens mit Artikel 41(2) zu umgehen, bedient sich die Kommission eines Tricks: Kurzerhand wurden die Gel-

der für den Verteidigungsfonds auf eine andere Rechtsgrundlage gestellt. Dabei wurde das Vorhaben einfach zur Wettbewerbsförderung umdeklariert, die im Gegensatz zu militärischen Vorhaben der »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)« aus dem EU-Haushalt bezahlt werden können. Es ist wirklich bemerkenswert und entlarvend, wie im laufenden politi-

schen Betrieb dieser Artikel 41 (2) willkürlich angewendet wird. Wenn ich auf das Finanzierungsverbot hinweise, dann wird gesagt, ich würde es falsch auslegen. Doch wenn es um die so genannte *Friedensfazilität für Afrika (African Peace Facility)* geht – die nicht etwa Friedensprojekte, sondern die Militärausbildung in afrikanischen Ländern finanziert – dann wurde diese mit Bezug auf das Finanzierungsverbot von Artikel 41(2) außerhalb des EU-Haushalts angelegt. Das gilt auch für die neu vorgeschlagene EU-Friedensfazilität (*EU*

Peace Facility), deren Name ebenfalls irreführend ist – denn auch hier sollen künftig alle EU-Militäreinsätze und die Ausbildung und Aufrüstung von »Partnerarmeen« (inklusive Waf-fenlieferungen) finanziert werden. Auch hier wird argumentiert, dass dies aufgrund von Artikel 41 (2) nicht vom EU-Budget bezahlt werden darf. Bei den Einrichtungen des Verteidigungsfonds und der komplett neuen Haushaltsrubrik Sicherheit und Verteidigung nach 2020, spielt Artikel 41 (2) jedoch keine Rolle.

Unserer Rechtsauffassung nach, verstößt die Einführung eines *Europäischen Verteidigungsfonds* gegen den EU-Vertrag. Deshalb haben wir Ablehnungsanträge zu dem Gesetzesvorschlag im Europäischen Parlament eingebracht. Um unsere Position zu belegen und vielleicht sogar dem militärischen EU-Wahnsinn ein Ende zu bereiten, haben wir zusammen mit der linken Bundestagsfraktion ein Rechtsgutachten zum *Europäischen Verteidigungsfonds* in Auftrag gegeben, welches die Illegalität des Verteidigungsfonds bestätigt und sogar eine Klagemöglichkeit beim Bundesverfassungsgericht aufzeigt.

Beschämend ist, dass zusammen mit Frankreich, vor allem Deutschland, das zwei Weltkriege zu verantworten hat, treibende Kraft für eine Militärunion ist. Deutschland geht es um eine geopolitische und ökonomische Vormachtstellung, um jeden Preis und mit allen Mitteln – auch und in letzter Zeit vor allem mit militärischen Mitteln. Dagegen stellen wir uns vereint und mit aller Kraft – nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus.

FÜR EIN EUROPA OHNE MILITARISIERUNG

von Martin Schirdewan

Die Zeiten werden rauer – auch in Europa. Im Baltikum probte die NATO im Sommer den Bündnisfall. Zur Abwehr einer möglichen Invasion übten knapp 20.000 Soldaten den Kriegsfall. Ende November wurde mit dem Manöver *Trident Juncture* die größte Militärübung der NATO seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion beendet, an der sich 50.000 Soldaten beteiligten. Gleichzeitig sollen 300.000 russische und chinesische Soldaten bei dem gemeinsamen Mi-

litärmanöver *Wostock* im Einsatz gewesen sein. Neue Superlative beim Kriegsspielen.

Über diese sogenannten Militärübungen wird in Brüssel ziemlich wenig gesprochen. Über das Thema Aufrüstung hingegen viel. Macron und Merkel sind sich prinzipiell über die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee einig. Die Europäische Kommission beabsichtigt darüber hinaus, einen europäischen Militärfonds aufzulegen, den soge-

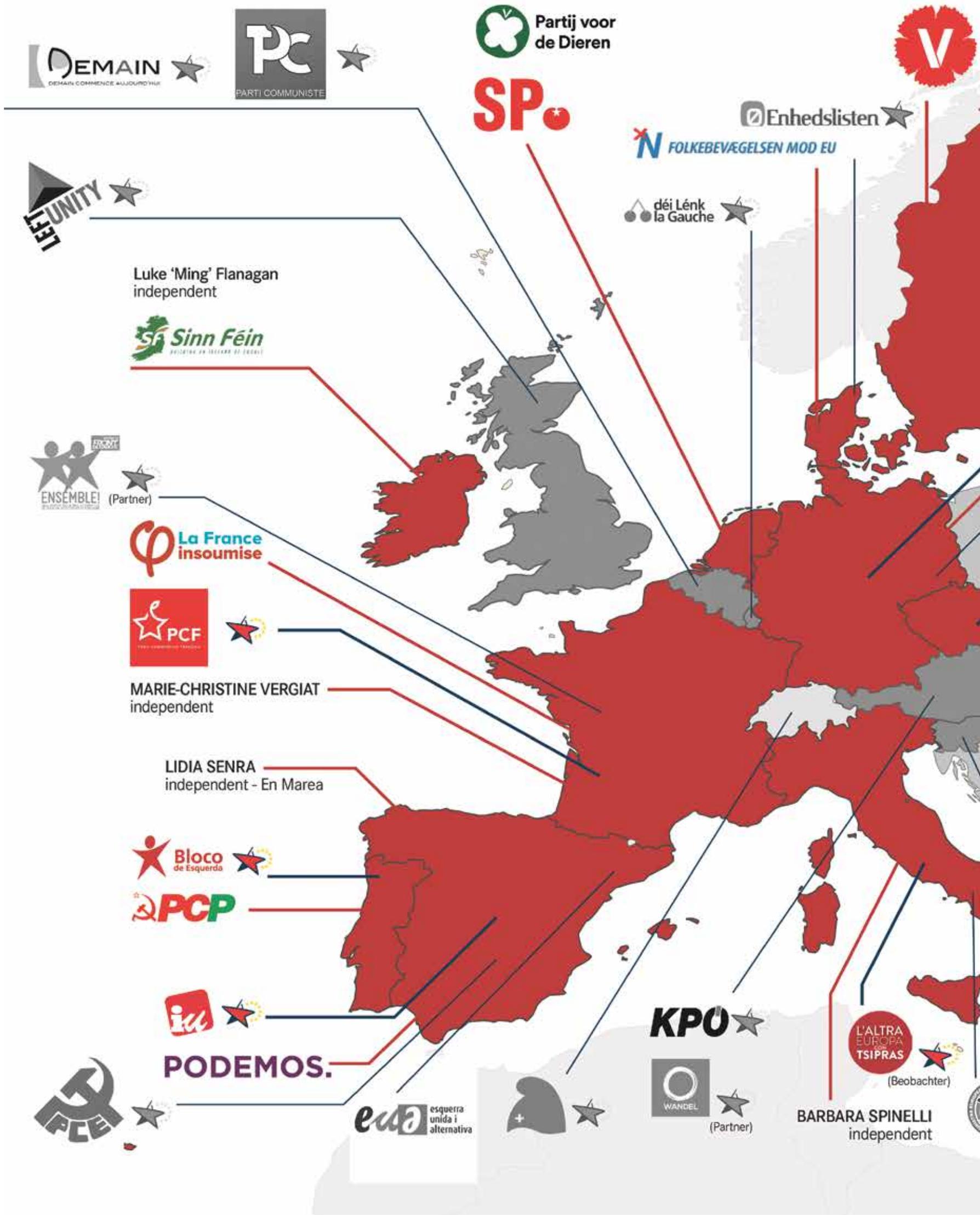
nannten *European Defence Fund*. Die Gelder dafür (13 Milliarden Euro) sollen aus dem EU-Budget stammen und werden aus den Struktur- und Regionalfonds umgeschichtet. Mittel, die ursprünglich regionale Wirtschaftskreisläufe und sinnvolle soziale Projekte stärken sollten, werden so in die Militär- und Kriegsforschung gesteckt. Statt sich realer Probleme wie Armut, wirtschaftlicher Unterschiede und dem Erodieren ganzer Demokratien in und um Europa herum anzunehmen, von denen auch relevante Sicherheitsrisiken ausgehen, wird durch einen solchen Fonds vielmehr eine Spirale der Militarisierung vorangetrieben.

Wer ein Interesse an einer friedlichen Zukunft hat, kann das nicht unterstützen. Deswegen werden auch wir als die Delegation DIE LINKE im EP das nicht zulassen. Zu der politischen Frage kommt, dass auch die rechtliche Zulässigkeit des Militärfonds mehr als fragwürdig ist, denn die Verträge der Europäischen Union untersagen unmissverständlich die

Finanzierung von »Ausgaben mit militärischen und verteidigungspolitischen Bezügen« (Artikel 41 Absatz 2 AEUV). Deswegen haben Sabine Lösing und ich ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das klären sollte, ob die Einrichtung eines Militärfonds juristisch zulässig ist. Der renommierte Verfassungsrechtler Andreas Fischer-Lescano von der Universität Bremen kam zu dem Schluss, dass die Finanzierung des Verteidigungsfonds aus europäischen Mitteln illegal ist: »Die von der Kommission gewählten Artikel in den europäischen Verträgen bieten keine hinreichende Begründung für die Einrichtung eines Europäischen Militärfonds.« Wir werden gemeinsam mit der Bundestagsfraktion DIE LINKE alle juristischen und politischen Möglichkeiten ausschöpfen, um diesen Irrsinn eines Militärfonds noch zu stoppen.

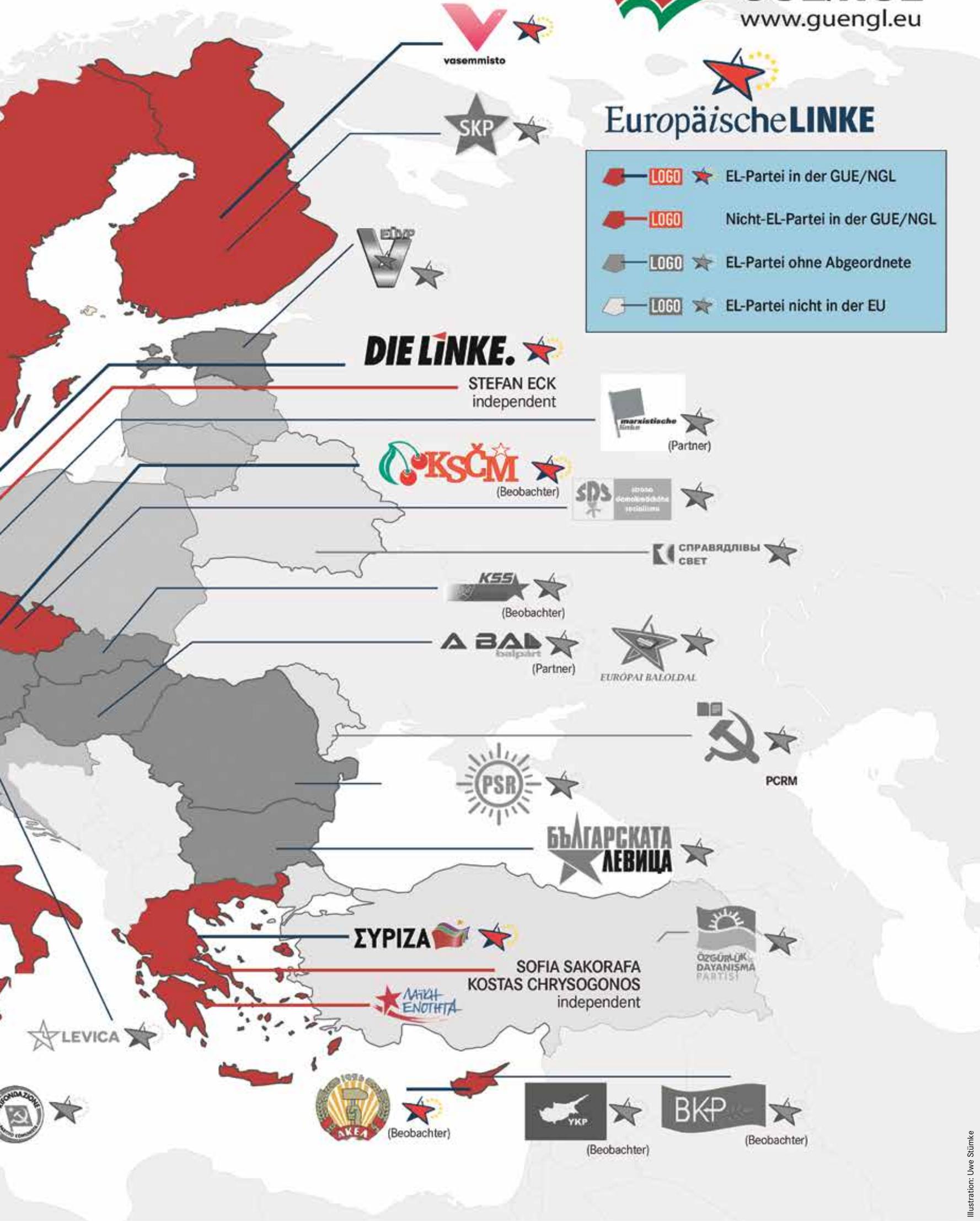
Konflikte müssen diplomatisch gelöst werden um den fragilen Weltfrieden aufrecht zu erhalten. Das gilt auch und insbesondere für die Europäische Union.

Parteien in der GUE/NGL-Fraktion des Europäischen Parlaments
und Mitglieder in der »Partei der Europäischen Linken«



Europäische LINKE

	LOGO		EL-Partei in der GUE/NGL
	LOGO		Nicht-EL-Partei in der GUE/NGL
	LOGO		EL-Partei ohne Abgeordnete
	LOGO		EL-Partei nicht in der EU



Entsenderichtlinie – Geschichte eines Fortschritts in Sachen soziales Europa

Thomas Händel und Frank Puskarev



Seit Mai 2011 gelten für die Menschen aus allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit und die volle Dienstleistungsfreiheit. Jede/r Arbeitnehmer*in soll in jedem Mitgliedstaat Arbeit suchen und aufnehmen können. Für Arbeitnehmer*innen, die im Rahmen der Freizügigkeit z.B. nach Deutschland kommen, richten sich die Arbeitsbedingungen nach den Tarifverträgen (sofern solche im anheuernden Betrieb gelten), nach den gesetzlichen Regelungen und den Arbeitsverträgen hierzulande. Es handelt sich dabei nicht um grenzüberschreitende Tätigkeiten.

Eine echte Form der grenzüberschreitenden Tätigkeit ist die Entsendung von Arbeitnehmer*innen. Die Arbeitsbedingungen für entsandte Arbeitnehmer*innen richten sich grundsätzlich nach den Regelungen des Herkunftslandes. Für diese gibt es die Entsenderichtlinie. Sie sieht eine Reihe von Bedingungen vor, die bei der Entsendung eingehalten werden müssen, wie Mindestlohnsätze und Mindestarbeitsbedingungen wie Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit, Nicht-Diskriminierung, Mindesturlaub, Höchstarbeitszeiten und Mindestruhezeiten.

Die Richtlinie verursachte allerdings diverse Probleme: Zum einen galt sie

nicht für alle Branchen. Zum anderen sind die Hürden für die Geltung von Mindestbedingungen relativ hoch: Mindestlohnsätze mussten bisher durch Tarifverträge oder Rechtsverordnungen im Einsatzland für all-gemeinverbindlich erklärt worden sein. In Deutschland stößt dies auf hohe und komplizierte Hürden. Die Richtlinie garantierte damit keine umfassenden Mindestbedingungen, sondern stellt eher einen »Flickentepich« dar.

Diese Probleme wurden jahrelang von linken Parteien und Gewerkschaften europaweit benannt. Missbrauch machte sich breit, die Entsenderichtlinie entwickelte sich zu einem Instrument der Arbeitgeber*innen, um Tariflöhne zu unterlaufen und Druck auf Beschäftigte zu erhöhen. Dem sollte 2013 eine Durchsetzungsrichtlinie Abhilfe verschaffen. Die EU-Kommission unter Barroso war zunächst der Annahme, es handele sich um ein Problem der Umsetzung der Entsenderichtlinie in den Mitgliedstaaten.

In dieser Durchsetzungsrichtlinie wurden allerdings nur kosmetische Verbesserungen erreicht, die mit weiteren Verschlechterungen einhergingen. Die Haftung wurde nicht auf die gesamte Unternehmenskette ausgeweitet, den Mitgliedstaaten wurde mit einer quasi abgeschlossenen Kontrollmöglichkeitenliste die Überprüfung erschwert und auch die Meldung bei den Sozialbehörden war nur unzureichend geregelt.

Erst mit der Juncker-Kommission setzte ein Umdenken ein, gleicher

Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort solle künftig das Prinzip sein. Dazu legte die Kommission eine Revision der Entsenderichtlinie vor. Nach langen Debatten im Parlament und mit dem Rat sind auf massiven Druck aus den Gewerkschaften und einer breiten, vor allem westeuropäischen Mitte-Links-Koalition im Europäischen Parlament folgende Grundsätze vereinbart worden:

»Alle Regeln des Gastmitgliedstaates für die Entlohnung, die gesetzlich oder in nationalen, regionalen oder branchenweiten Tarifverträgen festgelegt sind, gelten auch für entsandte Arbeitnehmer. Der Arbeitgeber muss für Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten aufkommen (statt Abzug vom Lohn der Arbeitnehmer). Die maximale Entsendungsdauer wurde auf zwölf Monate festgelegt, wobei dieser Zeitraum um sechs Monate verlängert werden kann. Danach kommen alle arbeitsrechtlichen Bestimmungen des Gastlandes zur Anwendung. Leiharbeitsunternehmen müssen ihren entsandten Arbeitnehmern die gleichen Bedingungen garantieren wie sie für Leiharbeiter im Mitgliedstaat, in dem die Arbeit erbracht wird, gelten.« (EU-Kommission, 2018).

Wirkliche Freiheitsrechte erfordern einen Schutzrahmen für die Beschäftigten. Dieser wäre gegeben, wenn gleiche Tarif- und Sozialstandards am gleichen Ort für alle Arbeitnehmer*innen gleichermaßen gelten. Dem sind wir nach jahrelanger Arbeit nun ein ganzes Stück näher gekommen, aber noch nicht ganz am Ziel.

Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmermitbestimmung stärken und Steuerflucht verhindern. Das sind zwei zentrale Themen von DIE LINKE im Europarlament. Genau das macht auch das sogenannte »Company Law Package« so interessant. Im Kern geht es dabei um die Regelung der grenzüberschreitenden Umwandlung, Verschmelzung und Spaltung von Unternehmen. Es sollen europaweite Regelungen getroffen werden, die Unternehmen beim Bürokratieabbau helfen, seien es Firmenübernahmen, Beteiligungsverkäufe oder die Verlegung ihrer Standorte in ein anderes Mitgliedsland. Was erstmal sinnvoll für Betriebe klingt, mobilisiert zu recht die Kolleginnen und Kollegen der deutschen und europäischen Gewerkschaften. Denn der bisherige Kommissionsvorschlag sieht vor, dass durch die Vereinfachung des Standortwechsels der Steuerdumpingwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten verschärft und der Praxis des Länderhoppings Tür und Tor geöffnet wird.

Leidtragende würden dabei vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein, denn wer will schon jobbedingt aus seinem Land ziehen, nur damit seine Firma mehr Gewinn einfährt, oder alternativ seinen Job verlieren?

Hinzu kommt, dass sich die Unternehmen bei der neuen Standortwahl jene Staaten aussuchen könnten, in denen die Regelungen zur Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmermitbestimmung weniger ausgeprägt

sind. Außerdem wird mit der Vereinfachung den Konzernen ein legales Erpressungsmittel in die Hand gegeben, da sie so zukünftig zu den Regierungen einfach sagen können, »macht ihr jetzt die Gesetze, wie wir das wollen, oder wir verlegen unseren Hauptsitz in ein anderes Mitgliedsland«. Denn nach dem Kommissionsvorschlag können die Unternehmen ihren Hauptsitz unabhängig von der Produktionsstätte frei auf dem Papier neu festlegen. Daher habe ich

mich im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) dafür eingesetzt, dass dieses Company-Law-Package, so wie es die Kommission vorgeschlagen hat, abgelehnt wird – im Interesse der Kolleginnen und Kollegen, deren Mitbestimmung nicht durch die grenzüberschreitende Umwandlung, Verschmelzung und Spaltung, ausgehöhlt werden darf. So konnten wir es erreichen, dass eine Definition für sogenannte »künstliche Gestaltungen« aufgenommen wurde, d.h. an den neuen Firmenstandorten muss auch eine echte, wirtschaftliche Aktivität stattfinden. Diese beiden Punkte sind entscheidend um Briefkastenfirmen und Steuerflucht entgegenzuwirken, durch die den Ländern in der Europäischen Union jährlich Milliarden an Steuergeldern entgehen. Geld, das dringend benötigt wird um z.B. Schulen zu sanieren, Schwimmbäder wieder Instand zu setzen, den sozialen Wohnungsbau zu fördern und den Bildungs- und Gesundheitsbereich finanziell adäquat auszustatten.

ein company-law-package für beschäftigte

von Martin Schirdewan



Digital Europe, Beschäftigte in kleinen Unternehmen ihre berufs begleitende digitale Bildung aufforsten sollen, dann ist das wichtig, aber kein umfassendes Konzept digitaler Bildung, sondern real oft Stückwerk, um den »Digitalen Binnenmarkt« in der EU endlich für seine eigene Reise in die Zukunft flott zu machen.

munikation entsteht auf der Basis globaler Reichweiten, großer Wissensspeicher und in Echtzeit. Doch bei der Digitalen Binnenmarkt-Strategie der EU geht es zumeist nur um Technologien und wirtschaftliche Möglichkeiten, um Geschäftsmodelle, neue Arbeitsplätze und Verbraucherrechte. Real geht es aber längst darum, wie wir lernen, kommunizieren, zu Wissen und Weltanschauung im wahrsten Sinne des Wortes kommen. Es geht darum, wie wir kommunale Aufgaben verwalten, wie wir regieren, Kulturaustausch und Integration bewältigen, ob wir uns diskriminierungsfrei in vielerlei Hinsicht und kompetent auch im digitalen Netz verhalten.

Politische Zukunftsdebatten sind blind ohne ihre kulturellen Dimensionen, ihre »Spiegelbilder« in den Lebensweisen. Beginnen wir endlich, für eine Digitalisierungsstrategie zu kämpfen, die einen konsequent gesellschaftspolitischen Ansatz hat, die die Grundpfeiler Netzneutralität und Datenschutz verteidigt, sowie ein modernes Urheberrecht in Angriff nimmt, das Kreative fair vergütet und die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer anerkennt, zu denen übrigens auch Bibliotheken, Mediatheken, Archive und Museen gehören.

Tusch! Die EU will 2021–2017 9,2 Milliarden Euro für ein neues Programm ausgeben: *Digital Europe*. Zum Vergleich: Das Kultur- und Medienprogramm *Creative Europe* soll auf 1,8 Milliarden Euro für denselben Zeitraum aufgestockt werden. Es soll damit, wie nebenbei, die Digitalisierung beim Film und beim kulturellen Erbe vorantreiben. Man könnte einwenden, dass innerhalb der Neuschöpfung, dem Programm *Digital Europe*, etwas digitale Bildung vorgesehen ist. Das Kultur- und Bildungsressort ist also mitbedacht, wenn auch mit dem kleinsten Budget von 700 Millionen Euro. Der Löwenanteil wird in einen europäischen Supercomputer, (hört, hört, die EU will sich unabhängig machen, eine verrückte, wie interessante Idee), in die Förderung künstlicher Intelligenz, in Cybersicherheit und in besseren Datentransfer zwischen

DIE LINKE macht den Unterschied: Digitaler Binnenmarkt oder Digitale Gesellschaft?

von Martina Michels

europäischen Verwaltungen fließen. Letzteres kommt oft unter dem nichtssagenden Stichwort »Interoperabilität« daher, dabei lauern hinter dieser Vokabel Grundrechtsverletzungen, die wir schleunigst transparent machen müssen.

Doch bleiben wir bei Kultur und Bildung. Wenn z.B. mit dem Programm

Allein diese beiden Programme offenbaren das grundlegende Problem aller Digitalisierungsstrategien der EU: Sie springen mit ihrer Fixierung auf den europäischen Binnenmarkt zu kurz.

Digitalisierung hat nicht nur die Arbeits- und Geschäftswelt verändert. Die digitale Produktion und Kom-

Brot oder Bomben? Der soziale EU-Haushalt

von Gabi Zimmer und Thilo Janssen

Ein Blick auf die Zahlen und die Sache scheint klar: 118 Millionen Menschen in der EU sind arm. Immer noch. Wofür sollte die EU also ihr Geld ausgeben? Klar: Armut abschaffen. Aber wofür wollen die EU-Kommission und die Regierungen von Merkel bis Macron mehr Geld ausgeben? Für Waffen. Sie wollen, dass die EU zukünftig viel Geld für Drohnen und andere tödliche Waffen ausgibt. So sieht es der Vorschlag für den zukünftigen EU-Haus-

halt 2021 bis 2027 vor. Das darf nicht wahr sein!

Die Linksfraktion im EU-Parlament steht felsenfest für die friedliche Lösung von Konflikten ein. Statt Drohnen und Panzer wollen wir, dass mit EU-Geld die Kluft zwischen reichen und armen Ländern geschlossen wird. EU-Geld soll jungen Menschen in Spanien eine Ausbildung ermöglichen. Es soll Arbeiter*innen in Kohle-Revieren wie Hambach oder Schlesien Umschulungen für die digi-

tale Zukunft der Wirtschaft bezahlen, wenn die Gruben dicht machen. Es soll Obdachlosen aus Osteuropa den Weg aus der extremen Armut weisen. Das sind die Dinge, für die EU-Geld gebraucht wird. Für die meisten Menschen bedeutet Sicherheit: Eine gute Ausbildung und ein sicherer Arbeitsplatz, eine vernünftige Wohnung, eine warme Heizung.

In der EU sind wir heute enger denn je miteinander verbunden. Keine Grenzen, der Euro, ein Wirtschaftsraum. Wir gewinnen alle, wenn die EU sozialer wird. Der soziale Haushalt der EU ist der Europäische Sozialfonds (ESF). EU-Parlament und EU-Länder verhandeln jetzt über die Zukunft des ESFs. Er soll Aufgaben bekommen, die bisher getrennt geregelt waren. Zum Beispiel kommt die Nahrungsmittelhilfe der EU für die Ärmsten unter das Dach des ESFs. Der Fonds soll dann ESF+ heißen.

Es ist aber egal, wie der soziale Geldtopf der EU heißt. Entscheidend ist: Geben die EU-Länder genug Geld für die gemeinsamen sozialen Auf-

gaben? Die Antwort lautet: Nein. Der ESF ist heute schon enorm wichtig für viele Menschen und ärmere Regionen. Obwohl er nur 0,3 Prozent der Sozialausgaben in der EU ausmacht, wenn man die Summe mit den sozialen Gesamtausgaben der EU-Länder vergleicht. Was könnte erst erreicht werden, wenn seine Mittel nur um das Doppelte oder Dreifache steigen würden? Dann müsste nicht mehr jede*r Fünfte in der EU in Armut leben. Wir könnten Geld dort einsetzen, wo es wirklich was bringt. Warum kommen arme Menschen aus Rumänien oder Bulgarien nach Berlin oder Duisburg? Weil sie Zuhause keine Hilfe bekommen. Die beiden Balkan-Länder schaffen das allein noch nicht. Mit einem größeren ESF+ könnten wir helfen, gute Systeme für Mindesteinkommen einzurichten. Dafür müssen zum Beispiel viele neue Mitarbeiter*innen ausgebildet werden. Für diese Aufgaben brauchen wir den EU-Haushalt. Nicht für Drohnen, die im ‚Nahen Osten‘ oder in Afrika Bomben werfen.

Die Weltwirtschaft befindet sich in einem rasanten Umbruch. Rohstoffe und hoch verarbeitete Produkte werden quer über unseren Erdball verkauft, Produktion und Absatz sind international organisiert. Zugleich verändern neue Technologien die globalen Produktionsketten und haben tiefgreifenden Einfluss auf deren politische, wirtschaftliche und soziale Einhegung. Die Regulierung dieser Wirtschaftsbeziehungen hat mit dem Tempo der technologischen Entwicklung nicht Schritt halten können. Fehlt der gesetzliche Rahmen, werden sich vor allem transnationale Unternehmen einfinden, die das Va-

Die Weltwirtschaft stellt uns vor neue Herausforderungen

von Helmut Scholz



gen entstehen angesichts einer viel stärkeren Reflektion der globalen Herausforderungen und Widersprüche. In China werden mehr Autos verkauft und produziert als in Europa, Japan und den USA zusammen. Deutsche Hersteller reagieren darauf und planen, die neuen Antriebe vorwiegend in China und Südostasien zu produzieren. Was bedeutet diese Entscheidung bezüglich der Verlagerung einer jahrzehntelangen Kernkompetenz der deutschen Industrie? Ist damit auch eine Abwanderung von Fachpersonal in Bezug auf die Entwicklung weiterer Zukunftstechnologien verbunden? Es gilt, Lösungen für die Folgen des Umstiegs zu finden. Wie können wir Batteriemüll in eine Kreislaufwirtschaft integrieren, anstatt ihn auf Müllhalden in Afrika zu »entsorgen«?

Neue Technologien stellen uns weltweit vor Möglichkeiten, aber auch vor Herausforderungen, denen wir grenzüberschreitend begegnen müssen. Nanotechnologie, künstliche Intelligenz und Hochleistungscomputer ermöglichen völlig neue Geschäftsmodelle. Die US-Börse wird von Unternehmen dominiert, die mit der Verwertung von Datenprofilen und ihrem Manipulationspotential Milliarden verdienen. Wir selbst und unser Verhalten werden zur Ware. Gleichzeitig sehen viele Menschen in sogenannten Entwicklungsländern zu Recht in den neuen Technologien wie der Blockchain eine Chance, im globalen Internet-Umfeld einen Erwerb zu sichern, ohne zunächst ein Industriezeitalter durchlaufen zu müssen. Als Linke können wir diese Entwicklungen nicht ignorieren. Wir sind gefordert, mit konkreten, weitreichenden Vorschlägen für sozial-ökologische Alternativen Bürgerinnen und Bürgern Mut zu machen, sich politisch einzumischen und demokratische Veränderungen einzufordern. Dafür müssen wir auch dort hingehen, wo es wehtut und uns in harten Auseinandersetzungen mit anderen Parteien innerhalb und außerhalb der Parlamente durchsetzen – für eine friedliche, gerechte, nachhaltige und libertäre Welt.

kuum nutzen und Personal und Umwelt ausbeuten, oder gegeneinander ausspielen.

Als Linke stellt uns der Wandel vor die Aufgabe, gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen politischen Partnern, mit kleinen- und mittelgroßen Unternehmen und Verbraucherschutzorganisationen, mit Umwelt- und Menschenrechtsinitiativen in aller Welt daran zu arbeiten, dass entlang der gesamten Wertschöpfungsketten anständige Arbeitsplätze und umweltgerechte Produktionsmethoden gesetzlich gewährleistet sind. Das erfordert Produktion und Konsumtion in ihrer internationalen Dimension neu zu verorten und auch die Handelspolitik danach auszurichten.

Einige erste Erfolge konnten wir als EP-Linksfraktion in dieser Legislaturperiode erzielen. Ein neues Gesetz ermöglicht es der EU-Kommission, gegen Umwelt- und Sozialdumping vorzugehen. Oft werden EU-Hersteller von importierten Produkten im Preis unterboten, weil die Konkurrenz die Umwelt verreckt und das Personal schlecht bezahlt. Künftig soll die Kommission bei Dumpingverdacht einen fairen Vergleichspreis bestimmen und dabei die Kosten einbe-

rechnen, die hiesigen Unternehmen zur Erfüllung der hohen Umwelt- und Sozialstandards in der EU entstehen. Bewahrheitet sich der Vorwurf, können Strafzölle festgelegt werden. Das ist in der Welt bislang einmalig.

Wir konnten ebenfalls durchsetzen, dass für Unternehmen in Zukunft eine bindende Sorgfaltspflicht besteht, ihre Lieferketten zu kontrollieren und sicherzustellen, dass aus dem Erlös der von ihnen geförderten oder eingekauften Rohstoffe keine Kriegshandlungen finanziert werden. Wir arbeiten an einem völkerrechtlich verbindlichen UNO-Vertrag, der Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltrechten in ihrer Wirtschaftsaktivität verpflichtet wird. Für den Erfolg ist es notwendig, dass wir den Druck auf EU-Mitgliedstaaten und die EU-Kommission erhöhen, die laufenden Verhandlungen im UNO-Menschenrechtsrat aktiv zu unterstützen.

Unsere wichtigste Aufgabe bleibt während der kommenden Jahre, die Grundprinzipien der globalisierten Weltwirtschaft zu hinterfragen. Für alle politischen, wirtschaftlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Akteure ist es an der Zeit zu realisieren, dass »Wachstum« nicht mehr das

Maß aller Dinge sein kann – unser Planet bestimmt die Grenzen.

Deshalb brauchen wir eine alternative Handelspolitik. Messlatte für künftiges Handeln der EU und ihrer Mitgliedstaaten kann nur die Einlösung der für alle Kontinente im Rahmen der vereinbarten 17 Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 sein.

Aus diesen multilateral vereinbarten Zielen, aber auch aus den Werten, die wir uns in Europa hinsichtlich demokratischer Teilhabe, Datenschutz, Diskriminierungsverbot, Verbraucherschutz und Gesundheit über Jahrzehnte erkämpft haben, können wir als Linke die regulatorischen Grenzen ableiten, mit denen wir auf die neuen Technologien aktiv zugehen. Datenschutz darf zum Beispiel nicht als Hindernis für den Handel betrachtet werden, sondern er ist die Voraussetzung für vertrauensvolle Nutzung von internetbasierten Technologien. Es gibt viele weitere technologische Veränderungen, mit denen wir uns proaktiv befassen müssen.

Die Automobilindustrie befindet sich bereits in einem Technologiesprung in die Elektrifizierung, zeitgleich zur Weiterentwicklung der Robotik in der Fertigung. Märkte verlagern sich, ebenso wie andere Interessen und Nachfra-

Der Handel mit Waffen ist die tödlichste Form von Außenwirtschaftspolitik. Auch die der EU-Außenwirtschaftspolitik. EU-Rüstungsexporte sind weltweit für Tod, Zerstörung, Armut und Flucht verantwortlich. Multinationale, europäische und ganz vorne mit dabei auch deutsche Rüstungskonzerne machen Milliarden Gewinne, die hunderttausende Menschen mit ihrem Leben bezahlen müssen und Millionen Menschen in die Flucht treiben.

Die Europäische Union war in der Vergangenheit mit 27 Prozent an weltweiten Exporten zweitgrößter Waffenexporteur – nach den USA. Und das, obwohl es auf EU-Ebene ein rechtlich bindendes Regelwerk, den sogenannten *Gemeinsamen Standpunkt zur Rüstungsexportkontrolle* gibt. Dieser regelt in acht Kriterien, unter welchen Umständen EU-Staaten Waffen an Drittstaaten liefern dürfen und wann nicht. Darunter fallen unter anderem auch die Achtung von Menschenrechten und des humanitären Völkerrechts im Bestimmungsland; eine stabile, friedliche und sichere innere Lage im Empfängerland sowie die Abwägung des Risikos, ob die exportierten Waffen in falsche Hände geraten könnten.

Diese Kriterien sind nur Minimalanforderungen, die bei weitem nicht ausreichen und dennoch funktioniert selbst dieses Minimum an Kontrolle nicht. Das zeigen nicht zuletzt die stetig steigenden EU-Waffenlieferungen in die Region des »Mittleren Ostens«

waffen schaffen keinen Frieden

von Sabine Lösing

und Nordafrika (kurz: MENA). Fast die Hälfte aller Exporte (40,5 Prozent) gingen in den vergangenen Jahren in die MENA-Region. Darunter in Ländern wie Saudi-Arabien, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate. In Länder also, die an einem brutalen Krieg gegen die Zivilbevölkerung im Jemen beteiligt sind, die den sogenannten Islamischen Staat/Daesh

permanent ausgerüstet und unterstützt haben, und die Menschenrechte dauerhaft und systematisch missachten. Diese Lieferungen verstoßen eindeutig gegen die Regeln des *Gemeinsamen Standpunkts*. Das hat das Europäische Parlament fraktionsübergreifend in mehreren Resolutionen bekräftigt. Trotzdem schicken die EU-Mitgliedstaaten, allen voran Frankreich und Deutschland, weiterhin Waffen und Kriegsgüter in diese Krisen- und Kriegsgebiete. Da es bisher keinen funktionierenden Sanktionsmechanismus gibt, bleibt der *Gemeinsame Standpunkt* bis jetzt nichts weiter als ein zahnloser Papiertiger. Damit sich das ändert, kämpfen wir als LINKE in Deutschland und Europa mit der GUE/NGL-Fraktion seit Jahren dafür, dass die Rüstungsexportkontrollen effektiver und strikter werden. Mit dem Rüstungsexportbericht 2018 des Auswärtigen Ausschusses, bei dem ich die Berichterstatteerin bin, ist es uns endlich gelungen, so viele Verbesserungen und positive Neuerungen wie nie zuvor durchzusetzen. Neben der erneuten Forderung nach einem Sanktionsmechanismus – der Rüstungsexporte wie sie bisher geschehen, massiv einschränkt – beinhaltet der Bericht außerdem, dass

Waffenexporte in die MENA-Region den *Gemeinsamen Standpunkt* verletzen. Überdies haben wir es geschafft, erstmalig die Forderung nach einem Konversionsprogramm von militärischer Produktion hin zu ziviler Produktion im Bericht zu verankern – das ist aus friedenspolitischer Sicht ein großer Erfolg. Ein Erfolg ist es auch, dass der *Gemeinsame Standpunkt* in Zukunft auf alle Militärtransfers, auf Sicherheitspersonal und Polizei sowie auf Ausbildung, Wissensvermittlung und private Sicherheitsdienstleistungen ausgeweitet werden soll. Dies ist ein bedeutender Schritt hin zu einer zwingend notwendigen Kontrolle aller militärischen Komponenten. Ein weiterer Erfolg ist es, auch wenn wir die Militärprogramme (EDIDP und Verteidigungsfonds) der EU absolut ablehnen und für illegal halten, wenigstens deren Unterwerfung unter parlamentarische und nationale wie auch unter EU-Rüstungskontrolle im Bericht verankert zu haben.

Für uns ist klar: Waffen schaffen keinen Frieden. Deshalb müssen Waffenexporte gänzlich verboten werden. Wir als DIE LINKE kämpfen dafür, dass das skrupellose und lukrative Geschäft mit dem Tod beendet wird.

Für eine sozial-ökologische Wende in Europa!

von Cornelia Ernst und Manuela Kropp

Der jüngste Bericht des Weltklimarats hat es gezeigt: Wir müssen dringend handeln, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten. Auf maximal zwei Grad Erderwärmung hatten sich die Unterzeichnerstaaten geeinigt, und nun müssen auch Taten folgen. Wenn die EU weiterhin unverändert Treibhausgase ausstößt wie bisher, dann hat sie ihren CO₂-Anteil spätestens 2042 aufgebraucht. Die EU hat sich nun das Ziel gesetzt, bis 2030 die Treibhausgase um 40 Prozent zu senken – und nach bisherigen Prognosen wird nicht einmal dieses Ziel erreicht. Mal ganz abgesehen davon, dass wir auch ein viel ambitionierteres Senkungsziel von mindestens 55 Prozent gebraucht hätten. Hier reichen also die Anstrengungen in der EU überhaupt nicht aus. Wir müssen dringend umdenken – sowohl bei der Energieerzeugung als auch im Verkehrsbereich, wo der Ausstoß von Treibhausgasen sogar noch weiter ansteigt.

Die beiden Mitgliedstaaten, die innerhalb der EU die meisten Treibhausgase durch die Kohleverbrennung produzieren, nämlich Deutschland und Polen, haben bisher kein Datum für den Kohleausstieg. Wir brauchen aber den EU-weiten Kohleausstieg ab 2030! Die Proteste der Bevölkerung gegen die Rodung des Hambacher Waldes zeigen, dass die Klimabewegung breite Unterstützung in der Bevölkerung findet. Die erneuerbaren Energien müssen ausgebaut werden: Bisher machen sie im EU-weiten Energiemix nur etwa 16 Prozent aus – das ist viel zu wenig und zeigt, dass die Mitgliedstaaten und die EU umsteuern müssen, damit das selbstgesetzte Ziel von 32 Prozent Erneuerbare bis 2030 erreicht werden kann. Die spanische linke Partei PODEMOS geht hier mit gutem Beispiel voran: Als eine der Linksparteien, die die sozialistische Minderheitsregierung stützt, legte sie einen Gesetzesent-

wurf auf, der fordert, dass bis 2030 die Hälfte der verbrauchten Energie aus Erneuerbaren stammen soll.

In der europäischen Gesetzgebung zum Strom-Binnenmarkt, die gerade zwischen Europaparlament und Rat verhandelt wird, muss ein klarer Vorrang für Bürgerenergie gesichert werden. Denn hier wird dezentral erneuerbare Energie erzeugt, die zu günstigen Preisen an die Bürger*innen vor Ort abgegeben werden kann. Dazu muss auch sichergestellt werden, dass die Energiegenossenschaften Zugang zum Stromnetz bekommen bzw. dass sie sogar selbst einen Teil des Netzes besitzen können.

Für die Beschäftigten in der Kohleindustrie, wie z.B. in der Lausitz, im Rheinischen Revier, in Schlesien und in Nordspanien, müssen Alternativen geschaffen werden – dafür brauchen wir öffentliche Gelder, um die Regionen für Unternehmen attraktiver zu machen: durch Ausbau der Infrastruktur, durch Förderung von Forschung und Entwicklung, und durch Unterstützung der Hochschullandschaften. Solche Vorhaben müssen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickelt werden, und nicht in den Schreibstuben, fern der betroffenen Menschen. In den Kohleregionen muss gute Arbeit geschaffen werden, tariflich bezahlt und gewerkschaftlich organisiert. Die LINKE im

Europaparlament setzt sich dafür ein, dass für Kohleregionen in der EU ein eigener Fonds aufgelegt wird, um diese Herausforderungen anzugehen – anstatt Gelder des EU-Haushalts in die Verteidigungsunion oder den Ausbau der »Festung Europa« zu pumpen. Die Ausgabenschwerpunkte des EU-Haushalts werden gerade verhandelt – die geplante Kürzung der Strukturfonds muss dringend zurückgenommen werden, denn diese Gelder können in den Regionen und Kommunen für erneuerbare Energien und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ausgegeben werden. Das geplante europäische Forschungsrahmenprogramm muss sich auf klimafreundliche und erneuerbare Projekte konzentrieren, und darf auf keinen Fall fossile Energie-Projekte fördern. Und der neu aufgelegte sog. »Juncker-Fonds« (InvestEU) muss so ausgestaltet sein, dass auch kleinteilige Projektanträge für die Renovierung von Gebäuden gefördert werden können. Denn so begrüßenswert es ist, dass die Renovierung zu Energieeinsparungen führt – sie darf auf keinen Fall zur Erhöhung der Mieten und zur Verödung unserer Innenstädte führen.

Wir brauchen die sozial-ökologische Wende, die sich an Mensch und Natur orientiert, die »gute Arbeit« schafft und die natürlichen Grenzen unseres Planeten achtet.

Europäisches Investitionsprogramm für sozial-ökologischen Umbau ist machbar

von Martina Michels



Linke Europapolitik steht für friedliche Zusammenarbeit, Verbesserung der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen, demokratische Teilhabemöglichkeiten und ökologische Nachhaltigkeit überall in der EU. Zu diesem Zweck fordern wir ein öffentliches europäisches Investitionsprogramm für sozial-ökologischen Umbau. Strategische Schwerpunkte umfassen entscheidende Wirtschaftszweige, sowohl in digitalen und traditionellen Industrien und im Energiesektor, als auch in öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen, von der Pflege über inklusive ländliche und Stadtentwicklung bis zu den Medien. Durch den Fokus auf Gemeinwohl statt Profit, mit Umverteilungsmechanismen, Transparenz und Partizipation vor Ort unterscheidet sich dieser Ansatz grundlegend vom Juncker-Investitionsplan EFSI und seinem Nachfolger InvestEU.

Ein derartiges Programm ließe sich durchaus auf Vorhandenem aufbauen: Die EU-Kohäsionspolitik und ihre Förderfonds zielen auf Angleichung und Weiterentwicklung der Lebensverhältnisse grenzüberschreitend

in Stadt und Land. Nachbarschafts- und Integrationsprojekte für Zugewanderte werden durch sie ebenso unterstützt wie Austauschprogramme für Studierende, Lehrende und Azubis. Sie fördern Gründung und innovative Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) und Start-ups, Vernetzung und Vermarktungsstrategien freier Kulturschaffenden, Arbeitsplätze und Innovation in so unterschiedlichen Bereichen wie Kunst, Videospiele, Medizintechnik, modernen Produkttestmethoden oder Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher Produkte. Filmförderung, Sanierung öffentlicher Gebäude wie Schulen oder Medienanstalten gehören ebenso zu real existierenden EU-geförderten Projekten wie solche zur digitalen Vernetzung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, zum Erhalt des kulturellen Erbes, für die Tourismusförderung, Waldlehrpfade, Kinderbetreuung, Dienstleistungen für Pflegebedürftige und viel Sinnvolles mehr.

Doch die EU-Kommission hat im Mai 2018 einen Haushaltsrahmen-

entwurf von 1,3 Billionen Euro für den Zeitraum zwischen 2021–2027 vorgelegt, in dem sie für die Kohäsionspolitik etwa 12 Prozent weniger als in der aktuellen Förderperiode vorsieht – zugunsten massiver Aufstockungen für zusätzliche Verteidigungs-, Sicherheits- und Grenzabschottungsvorhaben. Nur Protesten aus dem Europaparlament und den Regionen und Kommunen in der ganzen EU ist es zu verdanken, dass überhaupt weiterhin alle 276 Regionen förderfähig bleiben sollen und Umschichtungen nicht noch drastischer ausgefallen sind. Dass ein großer Teil der verbliebenen Mittel in die notwendige Energiewende, eine CO₂-arme Kreislaufwirtschaft und die Bekämpfung des Klimawandels fließen sollen, begrüßen wir. Erneut aber wird gleichzeitig verstärkt auf wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit gesetzt. Soziale Herausforderun-

gen wie Armutsbekämpfung und ein diskriminierungsfreies Zusammenleben, die in den von allen Mitgliedstaaten anerkannten UN-Entwicklungszielen vereinbart sind, spielen eine untergeordnete Rolle. Das Parlament hat die Arbeit begonnen, um bis April 2019 seine Position zu diesen Vorschlägen fertigzustellen. Nach der Wahl- und Sommerpause müssen unverzüglich die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten geführt werden, um sie nicht wie bereits vor sieben Jahren, verspätet abzuschließen. Als Linke vertreten wir neben den Forderungen nach ausreichender Finanzierung, nach klarer Ausrichtung auf sozial-ökologischen Fortschritt und nach unbedingter Beteiligung der Akteur*innen vor Ort, die Forderung nach einer Entkopplung der Förderpolitik von falscher makroökonomischer Steuerung und Sparideologie.

Impressum: Herausgegeben von der Delegation der Partei DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament · Rue Wiertz 43, WIB 3M21, B-1047 Brüssel, Belgien · www.dielinke-europa.eu · V.i.S.d.P. Cornelia Ernst
Layout: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin; Druck: Eversfrank Berlin GmbH, Ballinstraße 15, 12359 Berlin · Titelbild DIE LINKE. im Europaparlament · Auflage: 130.000 · Redaktionsschluss: 24.1.2019 · Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Dank der zahlreichen Enthüllungen der letzten Jahre sind sie kein gut gehütetes Geheimnis mehr: die Steuertricks der Internetgiganten. Mittels komplizierter Verrechnungsmethoden und unübersichtlicher Unternehmensstrukturen bringen sie Staaten um Milliarden an Steuereinnahmen. Geld, das dringend für Investitionen in Schulen, Krankenhäuser und Straßen gebraucht wird.

Mit einer Steuer auf bestimmte Umsätze digitaler Unternehmen soll dem Steuerdumping nun ein provisorischer Riegel vorgeschoben werden – ein Schritt in die richtige Richtung. Wer hier von einer Dämonisierung von Internetfirmen spricht, wie Finanzminister Olaf Scholz (SPD), hat seinen Sinn für Gerechtigkeit verloren.

Klar ist, dass diese »Digitalsteuer« nicht das Gelbe vom Ei ist und keine zufriedenstellende langfristige Lösung darstellt. Denn schmutziger Steuertricks bedienen sich nicht nur Internetfirmen. So unterhalten bei-

spielsweise alle DAX30 Unternehmen Töchter in Steueroasen.

Die Probleme sitzen tiefer. Das derzeitige System der Besteuerung von Unternehmen steckt noch im vorigen Jahrhundert fest. Nach wie vor werden multinationale Konzerne steuerlich nicht als ein Ganzes betrachtet, sondern als nach Ländern getrennte Einheiten. Das erlaubt es Unternehmen, ihre Profite mittels aufgeblasener Lizenzgebühren und Zinszahlungen über Ländergrenzen hin und her zu verschieben. Wenn wir

es mit der Steuergerechtigkeit ernst meinen, müssen wir dieses System überwinden und damit anfangen, Konzerne dort zu besteuern, wo reale wirtschaftliche Aktivität stattfindet. Solche internationalen Abkommen werden nicht von heute auf morgen umgesetzt. Daher sollten einzelne Staaten beziehungsweise Staatengruppen in der Zwischenzeit nicht davor zurückschrecken, unilaterale Abwehrmaßnahmen, wie die Erhebung von Quellensteuern auf Lizenz- und Zinszahlungen ins Ausland, gegen

zahntag für google, facebook und co.

von Martin Schirdewan

den Steuerraub von Konzernen einzusetzen. Das würde nicht nur Steuereinnahmen kreieren, sondern auch Anreize für Steueroasen schaffen, sich einer Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung nicht länger in den Weg zu stellen.

Nicht minder wichtig ist es, dass endlich die öffentliche länderspezifische Berichterstattung für Konzerne beschlossen wird. Hier blockiert auf EU-Ebene unter anderem Deutschland seit über einem Jahr. Da hat auch der Wechsel von Schwarz zu Rot im Finanzministerium nicht geholfen. Dabei würde durch diese Transparenzmaßnahme schnell ersichtlich werden, welche Multis in welchem Ausmaß künstlich Gewinne verschieben. Lösungen liegen also viele auf dem Tisch. Es braucht nur den Mut, sie umzusetzen. Anstatt Konzernen weiterhin den Hof zu machen, sollte hier klare Kante gezeigt und wieder eine Politik für die Mehrheit der Gesellschaft gemacht werden.



digungspolitischen Bezüge nicht aus dem EU-Haushalt finanziert werden kann (Art. 41(2) EUV), wird die Fazilität in der Lage sein, die erforderliche Finanzierung zu gewährleisten«.

Ganz neu ist dieser Taschenspielertrick nicht: Bisher werden bereits Teile der EU-Militäreinsätze über den sogenannten Athena-Mechanismus bezahlt. Insbesondere die Aufrüstung Afrikas erfolgt bisher über die so genannte Afrikanische Friedensfazilität (*African Peace Facility*). Allerdings unterliegen diese Gelder bisher recht engen Beschränkungen. So können aus den Mitteln für das Athena- und Afrikainstrument nur wenige Kosten abgedeckt werden. Es dürfen vor allem keine Waffen davon bezahlt werden und die Unterstützung für EU-Kampfeinsätze beschränkt sich auf Logistisches und nicht-tödliche Ausrüstung. Aber das soll sich mit der so genannten EU-Friedensfazilität nun endgültig ändern. All diese Beschränkungen sollen wegfallen. Im Vorschlag für den Ratsbeschluss heißt es wörtlich: »Die Fazilität wird die Afrikanische Friedensfazilität und den Athena-Mechanismus ablösen«. Die Europäische Union verabschiedet sich nicht nur mit diesem Instrument komplett von Frieden und ziviler Konfliktlösung. Sie fixiert sich in ihrer Außenpolitik immer mehr auf Militär, Abschottung und den gnadenlosen Ausbau ihres geostrategischen und ökonomischen Einflusses. Ausbeutung, Armut, Flucht und Krieg werden mit der EU-Militarisierung forciert und zementiert. Eine solche EU wollen wir nicht, dagegen kämpfen wir politisch und international.

EU-Kriegskasse getarnt als Friedensinstrument

von Sabine Lösing

Im Juni 2018 hat die EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini die sogenannte EU-Friedensfazilität (*European Peace Facility*) vorgestellt. Hört sich gut an, hat aber mit Friedensförderung nichts zu tun, im Gegenteil. Bei diesem Fonds handelt es sich einzig und allein um eine Kriegskasse, um zukünftige EU-Militäreinsätze, Operationen »befreundeter Drittstaaten« und die Auf-

rüstung verbündeter Länder (oder Rebellengruppen) finanzieren zu können. Es geht um Militär- und Polizeibeihilfe, wobei auch die Lieferung von Waffen und Munition übernommen beziehungsweise finanziert werden soll. Hierfür sollen für einen Zeitraum von sieben Jahren insgesamt 10,5 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Diese Fazilität ist Teil eines umfassenderen

Programms, das derzeit die gesamte EU in eine Militärunion umbaut und gleichzeitig den großen europäischen und allen voran auch deutschen Rüstungskonzernen Milliarden in die Kassen spülen soll und wird.

Das wäre laut EU-Vertrag zudem auch noch illegal, denn Artikel 41(2) des EU-Vertrages verbietet eigentlich militärische Maßnahmen aus dem EU-Haushalt zu finanzieren. Doch das ist vielen in Brüssel schon lange ein Dorn im Auge. Um dieses Verbot zu umgehen, wird das Budget zur Militärfinanzierung außerhalb des EU-Haushalts angelegt. Hier zahlen alle Mitgliedstaaten ein, aber diese Gelder können und dürfen vom EU-Parlament nicht kontrolliert werden und fallen auch nicht unter das EU-Recht. Wörtlich heißt es im Vorschlag für den Ratsbeschluss: »Wann immer eine anvisierte Maßnahme aufgrund ihrer militärischen oder vertei-

DIE LINKE. im Europaparlament

Gabi Zimmer

Vorsitzende der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/ Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL)

Mitglied der Konferenz der Präsidenten
Mitglied der Delegation für die parlamentarische Kooperation EU-Moldau
Stellvertreterin in der Delegation der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (Afrika, Karibik, Pazifik)
Stellvertretendes Mitglied der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung

Ansprechpartnerin für Thüringen und Rheinland-Pfalz

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M003
B-1047 Brüssel
Telefon 0032 228 45 101
gabriele.zimmer@ep.europa.eu
www.gabizimmer.eu
@GabiZimmerMEP



Cornelia Ernst

Sprecherin der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament

Mitglied im GUE/NGL-Vorstand
Koordinatorin der Linksfraktion und Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)
Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE)
Stellvertretende Vorsitzende in der Delegation des Europaparlaments für die Beziehungen zum Iran

Ansprechpartnerin für Sachsen und Rheinland-Pfalz

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M021
B-1047 Brüssel
Telefon 0032 228 45 660
cornelia.ernst@ep.europa.eu
www.cornelia-ernst.de
@ErnstCornelia



Thomas Händel

Vorsitzender im Ausschuss für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten (EMPL)

Mitglied der Konferenz der Ausschussvorsitzenden
Stellvertretendes Mitglied in der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (Afrika, Karibik, Pazifik)
Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südostasiens und der Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN)

Ansprechpartner für Bayern, Baden-Württemberg und das Saarland

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M063
B-1047 Brüssel
thomas.haendel@ep.europa.eu
www.thomas-haendel.eu
@thaendel



Sabine Lösing

Friedenspolitische Sprecherin der Delegation

Stellvertretende Vorsitzende und Mitglied im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE)
Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET)
Koordinatorin der Linksfraktion im Auswärtigen Ausschuss (AFET) und im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE)
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Entwicklung (DEVE)

Ansprechpartnerin für Niedersachsen und Hessen

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M023
B-1047 Brüssel
Telefon 0032 228 45 894
sabine.loesing@ep.europa.eu
www.sabine-loesing.de



Martina Michels

Regional- und kulturpolitische Sprecherin der Delegation

Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI)
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT)
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages
Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Israel
Stellvertretendes Mitglied in der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss mit der Türkei
Koordinatorin der Gruppe der europapolitischen SprecherInnen in DIE LINKE (Europa/Bund/Länder/RLS)

Ansprechpartnerin für Berlin und Sachsen-Anhalt

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M033, B-1047 Brüssel
Telefon 0032 228 45 834
martina.michels@ep.europa.eu
www.martina-michels.de
@martina_michels



Martin Schirdewan

Finanzpolitischer Sprecher der Delegation

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)
Koordinator der Linksfraktion im Ausschuss zu Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (TAX3)
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss zu Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (TAX3)
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)

Ansprechpartner für Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Hamburg und Bremen

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M031
B-1047 Brüssel
Telefon 0032 228 45 667
martin.schirdewan@ep.europa.eu
www.martin-schirdewan.eu
@schirdewan



Helmut Scholz

Handelspolitischer Sprecher der Delegation

Koordinator der Linksfraktion im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA)
Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA)
Mitglied im Ausschuss für Konstitutionelle Fragen (AFCO)
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET)
Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten
Stellvertretendes Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China

Ansprechpartner für Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Schleswig-Holstein

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M013, B-1047 Brüssel
Telefon 0032 228 45 893
helmut.scholz@ep.europa.eu
www.helmutscholz.eu
@HelmutScholzMEP



Vereinte Europäische Linke • Nordische Grüne Linke
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
GUE/NGL
www.guengl.eu

Die Delegation
DIE LINKE.
im Europaparlament online:

www.dielinke-europa.eu



@DieLinkeEP



LINKIEimEP



LinkImEP



DIE-LINKE-im-Europaparlament

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT